

Niederschrift
der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

Sitzungsdatum: Dienstag, den 07.11.2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:05 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Thoralf Pieper

stellv. Vorsitzende/r

Herr Marc Quintana Schmidt

Herr Detlef Lindner

Mitglieder

Herr Henrik Gotsch

Herr Mario Gutknecht

Herr Gerd Schlimper

Vertreter

Frau Ute Bartel

bis 18:20 Uhr

Vertretung für Herrn Klaus Winter

Vertretung für Herrn Robert Gränert

Herr Richard Kinder

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Frau Madlen Arnold

Frau Heike Jeziorski

Herr Andre Kobsch

Herr Tino Krusch

Herr Dr. Burkhard Kunkel

Herr André Meißner

Herr Florian Peters

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Frau Gisela Steinfurt

Herr Heino Tanschus

Frau Kristina Wilcke

Diverse Gäste

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 10.10.2023
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Parkgebührenordnung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0016/2023
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Entgeltanpassung von Garagenpachten

Garagennutzungsentgelt
Einreicher: Dr. med. Ronald Zabel, CDU/ FDP-Fraktion
Vorlage: DAn 0005/2023
- 4.2** Finanzanalyse zur Haushaltsdurchführung per 31.08.2023
Vorlage: ZU 0032/2023
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Vergabe sind 8 Mitglieder zu Beginn anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Vorlage 6.17 im nichtöffentlichen Teil als TOP 6.1 behandelt wird. Die Protokollierung bleibt davon unberührt.

Die Tagesordnung wird mit der genannten Ergänzung bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 10.10.2023

Die Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Parkgebührenordnung der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0016/2023

Herr Dr. Raith gibt einführende Worte in das Thema.

Herr Quintana Schmidt beantragt im Namen seiner Fraktion DIE LINKE./SPD eine Änderung der Vorlage hinsichtlich der Parkgebühren an den Samstagnachmittagen und Sonntagen. Es sollen wie bisher in den genannten Zeiträumen keine Parkgebühren erhoben werden. Er begründet dies unter anderem mit einem zu erwartenden Besucherrückgang in der Innenstadt an diesen Tagen.

Herr Lindner teilt im Namen seiner Fraktion Bürger für Stralsund mit, dass diese der Vorlage nicht zustimmen werden. Auch er geht von einem Besucherrückgang aus.

Auf Nachfrage von Herrn Lindner teilt Herr Dr. Raith mit, dass im Jahr 2019 lediglich die Parkzonen angepasst wurden und keine Änderung der Tarife erfolgte.

Auf Nachfrage von Frau Bartel teilt Herr Dr. Raith mit, dass aktuell ein Kontrolldefizit vorliegt. Es sollte mehr in den Abendstunden und am Wochenende kontrolliert werden, um die rechtmäßige Ordnung wiederherzustellen, insbesondere auf der Hafeninsel.

Herr Kinder führt aus, dass die Parkgebührenordnung in seiner Fraktion umfassend diskutiert wurde. Eine Zustimmung wird seinerseits signalisiert.

Herr Gotsch teilt mit, dass die Verwaltung mit der neuen Parkgebührenordnung den richtigen Weg gewählt hat. Er befürwortet, dass die Gebühren in den Parkhäusern angepasst werden. Somit wird auch der Verkehr in der Altstadt, aufgrund wegfallender Suche nach günstigeren Parkplätzen, reduziert. Er sieht der Erhöhung als sehr moderat an. Einen Rückgang der Belegung der Innenstadt sieht er nicht.

Herr Linder hätte sich Alternativen gewünscht, z.B. im Hinblick auf den ÖPNV.

Herr Dr. Raith merkt an, dass die bewirtschafteten Parkplätze an den Wochenenden größtenteils von Touristen genutzt werden. Weiterhin sollte beachtet werden, dass durch weniger Einnahmen im Haushalt die freiwilligen Leistungen gekürzt werden könnten. Hinsichtlich des ÖPNV teilt Herr Dr. Raith mit, dass das Ziel ein regionalisiertes Ticketmodell ist. Das 49 EUR Ticket stellt für die Stralsunderinnen und Stralsunder keine Kostenersparnis dar, es sei denn, man pendelt regelmäßig in größere Städte oder in das Umland.

Herr Pieper teilt mit, dass die FDP der Beschlussvorlage nicht zustimmt, da mit dieser Erhöhung der Verkehr immer weiter aus der Altstadt heraus verlagert wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Quintana Schmidt zur Abstimmung:

Abstimmung: 2 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage B 0016/2023 zur Abstimmung.

Abstimmung: 2 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0016/2023 gemäß Beschlussvorschlag nicht zu beschließen.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Entgeltanpassung von Garagenpachten

Der Ausschussvorsitzende gibt einführende Worte in das Thema.

Für Herrn Jörg Schulz wird einstimmig Rederecht erteilt.

Herr Schulz erläutert die in der Anlage beigefügte Beschwerde zur Entgeltanpassung von städtischen Pachtland für Garagen. Er teilt mit, wie die Entgeltanpassungen in anderen Städten umgesetzt wurden. Er bittet die Verwaltung um eine Aufstellung, wie viel von 2599 Garagen vermietet bzw. verpachtet sind. Weiterhin möchte er das ortsübliches Entgelt der Bodenpacht erfahren. Er kritisiert die Vermischung von Vermietung und Verpachtung von Garagen. Nach Aussage der Verwaltung haben 1480 Garagenbesitzer eine Mitteilung zur Erhöhung der Miete und Pacht erhalten. Auch hier fordert Herr Schulz eine klare Aufteilung in Mieterhöhung und Pachterhöhung. Er verweist darauf, dass bereits 90 Garagenbesitzer aus größtenteils finanziellen Gründen die Verträge gekündigt haben.

Er bittet aus den genannten Gründen um Unterstützung der Abgeordneten.

Herr Dr. Raith erläutert die Vorgehensweise der Verwaltung und nimmt Bezug auf die Kommunalverfassung und die entsprechende Vermietung/Verpachtung zum Vollwert. Er verweist ferner auf das Alter der Garagen und deren schlechten baulichen Zustand. Er trägt vor, dass hohe Entsorgungskosten bei einer Garagenberäumung auftreten (pro Garage zwischen 10.000 EUR-15.000 EUR). Der Bodenrichtwert wird durch die darauf stehende Garage stark vermindert. Weiterhin liegt ein wirtschaftlicher negativer Gebäudewert vor. Herr Dr. Raith räumt ein, dass durch die Verwaltung lange Zeit keine Anpassungen erfolgten, welche nun nachgeholt werden.

Herr Lindner bemängelt, dass jahrelang keine Anpassungen erfolgten und fragt nach den Konsequenzen in der Verwaltung. Er kritisiert die schlagartig starke Erhöhung in einer Zeit, wo alles teurer wird.

Herr Quintana Schmidt widerspricht den Argumenten von Herrn Dr. Raith hinsichtlich der Kommunalverfassung. Er bemängelt, dass auf die Fragen von Herrn Jörg Schulz bisher nicht eingegangen wurde.

Herr Kobsch merkt an, dass es sich bei der ortsüblichen Miete und Pacht um einen Prozess handelt, welcher sich entwickelt. Er verweist auf die Ausführungen in der letzten Bürgerschaftssitzung. Er teilt ferner mit, dass in den letzten Jahren die frei werdenden Garagen (708 Fälle) für einen Betrag von 480,00 EUR vermietet bzw. verpachtet wurden. Daraus ergibt sich nun die Ortsüblichkeit.

Herr Quintana Schmidt fordert eine Aufteilung der 708 Fälle in Miet- und Pachtverträge. Auf Nachfrage von Herrn Kinder teilt Herr Schulz mit, dass er eine angemessene Anpassung, jedoch keine überzogene Erhöhung für den richtigen Weg hält. Herr Schulz erläutert den Verfahrensweg von der Stadt Bautzen, welche nach seinen Aussagen alle Pachtverträge gekündigt hat. Es wurden daraufhin lediglich Mietverträge geschlossen. Die Eigentümer der Garagen haben als Ausgleich für ihre Leistungen an den Garagen für einen bestimmten Zeitraum den gleichen Mietpreis wie den Pachtpreis erhalten. Bei einem Mietvertrag sind alle Reparaturen durch die Stadt zu tragen. Ferner bittet er um einen Miet-/Pachtspiegel, welcher veröffentlicht werden sollte.

Herr Dr. Raith teilt mit, dass für die Verwaltung die Vorgehensweise der Stadt Bautzen eine mögliche Perspektive wäre. Aufgrund verschiedener Bodenrichtwerte wären die Mieten und Pachten eventuell höher als 480,00 EUR.

Frau Bartel kritisiert die Vorgehensweise der Verwaltung und die Nichteinbindung der Bürgerschaft. Nach ihren Aussagen muss eine sozialverträgliche Lösung gefunden werden.

Herr Quintana Schmidt plädiert für eine Aussetzung der Entgeltanpassung zum 01.01.2024, um Alternativen zu prüfen.

Herr Lindner empfiehlt, dass die Bürgerschaft die Angelegenheit der Garagenpachten an sich zieht.

Der Ausschussvorsitzende fasst die umfassende Diskussion zusammen.

Der Vorsitzende stellt den folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Die Bürgerschaft zieht die Angelegenheit der Nutzungsentgelte für Garagen zur Entscheidung gemäß § 22 Absatz 2 Ziffer 4 KV MV an sich“.

Die Mitglieder stimmen einstimmig dafür.

Der Ausschussvorsitzende stellt zur Abstimmung, ob der Ausschusses für Finanzen und Vergabe der Bürgerschaft empfiehlt, die Entgeltanpassung der Garagenpachten zum 01.01.2024 auszusetzen. Ferner ist der Sachverhalt zu prüfen sowie Alternativen zu erübrigen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Ein entsprechender Antrag wird der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hinsichtlich des DAn 0005/2023 wird sich aufgrund der umfassenden Diskussion des Themas einstimmig geeinigt, dass dieser zurück in die Fraktionen zur erneuten Beratung verwiesen wird.

zu 4.2 Finanzanalyse zur Haushaltsdurchführung per 31.08.2023
Vorlage: ZU 0032/2023

Frau Steinfurt stellt die Zuarbeit (siehe Anlage) hinsichtlich der Finanzanalyse zur Haushaltsdurchführung per 31.08.2023 vor.

Auf Nachfrage von Herrn Lindner teilt Frau Steinfurt mit, dass die Parkgebührenordnung seitens des Zeitfaktors bereits weiter fortgeschritten sein sollte. Die zu erwartenden Mehreinnahmen wurden im Planansatz 2024 berücksichtigt.

Herr Quintana Schmidt begrüßt, dass die erste Lesung des Haushaltes 2024 bereits im Dezember 2023 in die Bürgerschaft eingebracht wird. Auf Nachfrage teilt Frau Steinfurt mit, dass bestenfalls der Beschluss des Haushaltes in der Bürgerschaftssitzung am 01.02.2024 gefasst wird.

Es gibt keine weiteren Fragen zur Finanzanalyse.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf im öffentlichen Teil der Sitzung.

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlagen B 0077/2023, B 0082/2023, H 0088/2023, H 0095/2023, H 0066/2023, H 0097/2023, H 0082/2023, H 0094/2023, H 0100/2023, H 0101/2023, H 0102/2023, H 0107/2023, H 0104/2023, H 0085/2023, H 0087/2023, B 0085/2023 und H 0122/2023 den beschließenden Gremien zur Beschlussfassung empfohlen werden.

gez. Thoralf Pieper
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung